

Vorwort

Die Wahl von Emmanuel Macron zum Präsidenten Frankreichs lässt in Europa erst einmal aufatmen. Dass sich aber Millionen der Stimme enthielten und mehr als ein Drittel der Wählerinnen und Wähler für dezidiert nationalistische Positionen votierten, muss alarmieren. Auch der *Brexit* ist ein Weckruf. Tiefe gesellschaftliche Gräben und nationale Gegensätze stellen die liberalen Demokratien und die europäische Integration in Frage. Ob es gelingt sie zu überbrücken, ist von eminenter Bedeutung für die Europäische Union, die sich nach innen und nach außen als Friedensprojekt und als Antwort auf eine Geschichte von Kriegen versteht.

Wir widersetzen uns nationalistischen Regressionen und konfrontativer Abschottung. Es gilt, die Demokratie mit ihren Freiheitsrechten gegen ihre Feinde zu verteidigen, europäische Solidarität muss die Europäische Union verändern und ihr neuen Kredit verschaffen. Zugleich brauchen wir neue Leitbilder für das friedliche Zusammenleben im 21. Jahrhundert. Kritische Auseinandersetzung mit Autokratien und Nationalisten schließt Dialog und Vertrauensbildung, Kooperation und Rüstungskontrolle ein, ohne dass wir dabei auf unsere demokratischen Freiheitsrechte verzichten. Anders lassen sich konfrontative Rhetorik und Praxis nicht zügeln.

Der Krieg in Syrien mit Städtebombardierungen und dem wiederholten Einsatz von Chemiewaffen geht in sein siebtes Jahr. Die Staatengemeinschaft erweist sich als ohnmächtig, ihn zu stoppen. Stattdessen intervenierten rivalisierende Nachbarstaaten und Großmächte, die in Syrien um geopolitischen Einfluss kämpfen. Vermittlungsversuche ließen immer wieder Hoffnungen aufkeimen, die jedoch bisher bitter enttäuscht wurden. Eine politische Lösung ist nicht in Sicht. Doch darauf kann die gepeinigte Zivilbevölkerung nicht warten. Sie braucht dringlichst Schutz und humanitäre Hilfe.

Unser diesjähriger Schwerpunkt fragt, wie sich derartige Massenverbrechen verhindern lassen. Nach dem Ende des Systemkonflikts gewachsene Erwartungen an das Völkerrecht und eine kooperative Weltordnung haben sich nicht erfüllt, die nach 1989 gewachsene Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit weicht einer neuen geopolitischen Mächt Konkurrenz. Russland verändert mit militärischer Gewalt seine Einflussphäre; die USA verschreiben sich unter der Parole „America first“ eng gesteckten Eigeninteressen und wollen ihre militärische Überlegenheit forciert ausbauen. Dagegen steht die UN-Agenda 2030 für die Notwendigkeit und die Möglichkeit globaler zivi-

VORWORT

ler Zusammenarbeit. Zu deren Gelingen können und müssen die Europäische Union und die deutsche Politik weit mehr als bisher beitragen.

Das Friedensgutachten richtet sich mit seinen Analysen und Empfehlungen an die politische Praxis. Wir stellen es auch in diesem Jahr auf der Bundespressekonferenz in Berlin, in den zuständigen Ausschüssen des Bundestags und in Ministerien vor. Und wir diskutieren es auf öffentlichen Foren und Fachtagungen, seit einigen Jahren auch in Brüssel. Wir mischen uns ein in den politischen Meinungsstreit, von der Dringlichkeit, Massenverbrechen zu bekämpfen, bis hin zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und zum Kampf gegen den Terrorismus.

Die Einzelanalysen wurden Anfang April abgeschlossen, die Stellungnahme am 12. Mai. Die Gesamtedaktion lag in diesem Jahr turnusgemäß in Frankfurt bei der HSFK. Unser Dank gilt dem LIT Verlag, vor allem Guido Bellmann, für die reibungslose Zusammenarbeit unter hohem Zeitdruck. Nur so lässt sich ein Gutachten machen, wie wir es uns wünschen: informativ, kritisch, aktuell. Danken möchten wir auch dem studentischen Nachwuchs, der uns in den Instituten unterstützt hat, und Jerry Sommer für seine Mithilfe in der Autorenbetreuung. Cornelia Heß hat mit ihrer großen Erfahrung dazu beigetragen, dass die Federführung die Nerven behielt.

Wir danken außerdem der *Deutschen Stiftung Friedensforschung* (DSF) für die fortgesetzte Förderung.

Frankfurt a.M., Bonn, Heidelberg, Duisburg und Hamburg
12. Mai 2017

Die Herausgeber und Herausgeberinnen